

133. Beilage im Jahr 2026 zu den Sitzungsunterlagen  
des XXXII. Vorarlberger Landtages

---

**Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg**

Beilage 133/2026

An das  
Präsidium des Vorarlberger Landtages  
Landhaus  
6900 Bregenz

Bregenz, am 30. September 2026

**Betreff: Vorarlbergs Integrationspolitik im Faktencheck: Eine Landkarte nach dänischem Vorbild**

Sehr geehrter Herr Präsident,

über kaum ein Thema wird so leidenschaftlich und zugleich so kontrovers diskutiert wie über Integration. Die Integrationsdebatte ist dabei häufig von zwei gegenläufigen Verzerrungen geprägt: Einerseits gibt es Strömungen, die Menschen mit Migrationshintergrund pauschalisieren und undifferenziert als homogene Gruppe betrachten; andererseits werden reale Integrationsprobleme, die Entstehung von Parallelgesellschaften und extremistische Tendenzen teilweise relativiert oder ausgeblendet. Eine wirksame Integrationspolitik sollte sich weder von Alarmismus noch von Verharmlosung leiten lassen, sondern sich an überprüfbaren Daten und belastbaren Erkenntnissen orientieren.

Aber – und das ist der Punkt – ehrlich hinschauen heißt auch, die realen Probleme nicht wegzureden. Wer Sorgen pauschal als Ressentiment abtut, überlässt das Feld genau jenen, die vereinfachen und spalten. Es gibt Milieus, in denen Integration schlecht gelingt. Es gibt illiberale Strömungen und Bestrebungen politisch-islamistischer Akteure, über Vereine, Moscheen oder Schulen Einfluss zu gewinnen. Und es gibt eine Entwicklung, die niemand mehr ignorieren kann: Extremistische Tathandlungen nehmen zu. Der Verfassungsschutzbericht 2025<sup>1</sup> verzeichnet einen Anstieg bei den rechtsextremistischen Tathandlungen um rund 34 Prozent und rund 42 Prozent im Bereich des islamistischen Extremismus. Die Radikalisierung wird jünger, wandert ins Netz und verliert die Scheu vor Gewalt. Das sind keine Randnotizen, sondern konkrete Risiken, denen wir entschlossen begegnen müssen.

In Vorarlberg wurde zuletzt vor allem über Regeln und Sanktionen diskutiert.<sup>2</sup> Mit dem „Vorarlberg

---

<sup>1</sup> <https://www.dsn.gv.at/news4c8c.html?id=51326d6a3669786c3674773d>

<sup>2</sup> <https://presse.vorarlberg.at/land/public/LH-Wallner-Integrationsregeln-mit-klaren-Sanktionen-verbunden>

Kodex"<sup>3</sup> wurde im Sozialleistungsgesetz die Möglichkeit geschaffen, Geldleistungen in der Grundversorgung einzuschränken, wenn die Bereitschaft zur Teilnahme an Integrationsmaßnahmen fehlt.

Klare Regeln gehören zu einer funktionierenden Integrationspolitik. Ebenso wichtig ist aber, dass politische Entscheidungen auf einer guten Datengrundlage beruhen.

Mit „okay.zusammen leben“<sup>4</sup> gibt es in Vorarlberg eine etablierte Wissens- und Kompetenzstelle, die Integrationsprozesse laufend beobachtet und Studien etwa zu Bildung, Beschäftigung, politischer Partizipation oder Moscheegemeinden veröffentlicht. Dieses Wissen ist eine wichtige Grundlage für die Integrationspolitik des Landes.

Was bislang fehlt, ist jedoch ein umfassendes und regelmäßig aktualisiertes Lagebild, das unterschiedliche Bereiche zusammenführt und Entwicklungen vergleichbar macht: Wo gelingt Integration? Wo verdichten sich Herausforderungen? Und wo müssen Maßnahmen angepasst oder verstärkt werden?

Genau hier setzen wir als NEOS an. Wir fordern auf Bundesebene eine Integrationslandkarte nach dänischem Vorbild. Sie soll anhand wissenschaftlich nachvollziehbarer Kriterien wie Bildung, Beschäftigung, Sozialleistungsbezug und Kriminalität sichtbar machen, wo sich Herausforderungen konzentrieren. Sie soll mit Fakten gezielte Maßnahmen dort ermöglichen, wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht, wissenschaftlich begründet und ohne Stigmatisierung.<sup>5</sup>

Auch Vorarlberg hätte ein klares Interesse daran, dass der Bund ein solches Instrument schafft. Denn viele relevante Daten liegen bei unterschiedlichen staatlichen Stellen und lassen sich auf Landesebene allein nicht vollständig zusammenführen. Einheitliche Kriterien würden zudem ermöglichen, Entwicklungen zwischen Regionen zu vergleichen und früher zu erkennen, wo zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, Wohngebiete oder Bevölkerungsgruppen abzustempeln. Es geht darum, Probleme frühzeitig zu erkennen und Maßnahmen dort einzusetzen, wo sie tatsächlich gebraucht werden.

Gleichzeitig sollte Vorarlberg auch die eigenen integrationspolitischen Instrumente regelmäßig überprüfen. Das Integrationsleitbild des Landes stammt aus dem Jahr 2010. Die umfassende Evaluation der Integrationsarbeit wurde 2015 veröffentlicht und betrachtete den Zeitraum 2006 bis 2014. 2018 folgte ein Strategiepapier zu problematischen Entwicklungen und Milieus; seither wurden weitere Studien und Monitorings zu einzelnen Bereichen der Integration vorgelegt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die bestehenden Erkenntnisse zusammenzuführen und die integrationspolitische Strategie des Landes erneut umfassend auf ihre Aktualität und Wirksamkeit zu überprüfen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

## **ANTRAG**

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

---

<sup>3</sup> <https://vorarlberg.orf.at/stories/3336901/>

<sup>4</sup> <https://www.okay-line.at/>

<sup>5</sup> <https://www.derstandard.at/story/3000000337454/shetty-hatten-angst-bestimmte-themen-anzusprechen-weil-sie-die-fpoe-gross-machen-koennten>

**„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht,**

- 1) sich bei der Bundesregierung, insbesondere bei der Bundesministerin für Europa, Integration und Familie, für die Umsetzung einer österreichweiten Integrationslandkarte nach dänischem Vorbild einzusetzen, mit der auf Grundlage wissenschaftlich fundierter und nachvollziehbarer Indikatoren jene Gebiete sichtbar gemacht werden, in denen sich soziale und integrationspolitische Problemlagen verdichten sowie Segregation und Parallelgesellschaften entwickeln;**
- 2) die dafür erforderlichen und im Zuständigkeitsbereich des Landes vorhandenen Daten im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten aufzubereiten und – in Abstimmung mit dem Bund – für eine solche Integrationslandkarte zur Verfügung zu stellen;**
- 3) die bestehenden Integrationsmaßnahmen des Landes Vorarlberg umfassend zu evaluieren, ihre Wirksamkeit und Zielerreichung zu überprüfen und auf Grundlage der Ergebnisse gezielt weiterzuentwickeln. Dabei sollen insbesondere die Extremismus- und Radikalisierungsprävention sowie Maßnahmen der frühen Sprach-, Bildungs- und Leseförderung – etwa die Landesinitiative „Kinder lieben Lesen“ – auf ihre Wirksamkeit überprüft, gezielt gestärkt und weiterentwickelt werden. Über die Ergebnisse der Evaluierung sowie die daraus abgeleiteten Maßnahmen ist dem Vorarlberger Landtag zu berichten.“**

LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LAbg. Fabienne Lackner

LAbg. Mag. Katharina Fuchs